

Pressemitteilung

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bezirk
Berlin-Brandenburg**

Abteilung Presse

PM 018/06
24.02.2006

G:\Öffentlichkeitsarbeit\Medien-
neu\2006\Menschenhandel WM 2006.doc

E-Mail:
Dieter.Pienkny@dgb.de

Internet:
www.Berlin-Brandenburg.DGB.de

Das Recht auf Rechte – der moderne Menschenhandel DGB, ver.di, NGG, IG BAU, IG BCE, GEW und transnet unterstützen die Kampagne „Prostitution ohne Zwang und Gewalt“ im WM-Jahr 2006

„Wir finden es vollkommen richtig, die Freier, die Kunden anzusprechen, wenn es darum geht, Opfern von Menschenhandel einen Hinweis, eine Möglichkeit, eine Idee davon zu geben, wie sie ihre Lage möglicherweise verbessern können“, sagte der DGB-Vorsitzende von Berlin-Brandenburg, Dieter Scholz, anlässlich des WM-Starts der Kampagne gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution.

Der DGB-Bezirk, die Gewerkschaften ver.di, NGG, IG BAU, IG BCE, GEW und transnet beteiligen sich an der BAN YING-Kampagne mit dem Slogan „Prostitution ohne Zwang und Gewalt“. Ban Ying ist eine Beratungsstelle gegen Menschenhandel in Berlin.

Die Inanspruchnahme von Grundrechten muss jedem Menschen – und betroffen sind ja insbesondere Frauen – möglich sein, unabhängig von seinem ausländerrechtlichen Status. Mit dieser Aussage unterstützt der DGB-Vorsitzende nachdrücklich die Position der ILO (Internationale Arbeitsorganisation), wonach das „Recht auf Rechte“ jedem Menschen zustehen muss, egal ob er ohne Papiere ist, Opfer von Menschenhandel ist, freiwillig einreiste und später erpresst wurde oder unter sonstigen Umständen in eine prekäre Lage geraten ist.

Die Dunkelziffer ist hier enorm hoch und betrifft nicht nur SEXarbeiterinnen, sondern kann auch Gruppen wie Hausangestellte, Köchinnen u.a. betreffen. Es geht vorrangig um die Verbesserung der Lebenssituation.

„Den Menschen als Eigentum zu betrachten, ihn zu verkaufen, seine persönliche Freiheit einzuschränken, List oder Zwang anzuwenden sind Verstöße gegen die Menschenrechte und das darf in den europäischen Ländern nicht hingenommen werden“, so der DGB-Chef. Arbeitsrechtliche Mindeststandards, Musterverträge wie von der Gewerkschaft ver.di vorgeschlagen, sind Mittel gegen die Ausbeutung in diesem Bereich.

Das Prostitutionsgesetz hat hier einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, eine sozial- und arbeitsrechtliche Absicherung von Prostituierten möglich zu machen – auch wenn die Inanspruchnahme dieses Rechts aufgrund der anhaltenden Diskriminierung noch gering ist.



Verantwortlicher
Redakteur:
Dieter Pienkny

Keithstr. 1 - 3
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111
Telefax 030 - 21240-114